



# Antrag

Vorlage: AT/0003/2023		Datum: 27.02.2023			
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Vielfalt (er)leben – Oberwerth zeigt Herz in der Asylkrise</b>					
Gremienweg:					
16.03.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt,

- 1) Flächen und Gebäude im Stadtteil Oberwerth zu identifizieren, die dem Land Rheinland-Pfalz als Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber zur Verfügung gestellt werden können.
- 2) Flächen und Gebäude zu identifizieren, die als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge genutzt werden können.
- 3) Die Anwohner aufzufordern, private Wohnungen und andere geeignete Räumlichkeiten bereitzustellen, welche an Flüchtlinge vermittelt werden können.
- 4) Andere geeignete Maßnahmen zu entwickeln und einzuleiten, um das Integrationskonzept der Stadt auf dem Oberwerth angemessen umzusetzen.

## Begründung:

Der Migrationsdruck hat sich in den letzten Monaten europaweit dramatisch zugespitzt. Die illegale Einwanderung nach Deutschland bewegt sich wieder auf einem Rekordniveau, wodurch mittlerweile die meisten deutschen Städte, Kreise und Kommunen ihre Aufnahmekapazitäten für Migranten erreicht haben. Viele senden bereits Alarmrufe und verlangen einen Aufnahmestopp, insbesondere die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände weisen auf die sich Monat für Monat verschärfende Situation hin. Dabei haben sich 314 Kommunen – darunter auch die Stadt Koblenz – als „sichere Häfen“ deklariert. Sie heißen nach eigener Darstellung „geflüchtete Menschen willkommen – und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen“. Gemeinsam bilde man „eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik“.

In der aktuellen Fassung des „Strategischen Integrationskonzepts“ formuliert die Stadt Koblenz Vielfalt und Integrationsarbeit als „wichtige politische Anliegen“, die „flexibel und lösungsorientiert“ umgesetzt werden sollen. Ziel sei es, „interkulturelle Verständigung“ zu befördern und „Brücken zwischen Lebenswelten zu bauen“. Speziell auf dem Oberwerth herrscht in dieser Hinsicht offenkundig akuter Handlungsbedarf. Gemäß Statistischem Jahrbuch wohnen hier nur rund 60 Ausländer – im Vergleich zu anderen Stadtteilen ein verschwindend geringer Anteil. Vielmehr droht der Oberwerth sich zu einer ‚Gated Community‘ von gutsituierten, einkommensstarken Bürgern zu entwickeln, die bei vergangenen Wahlen fast ausschließlich für Parteien votiert haben, welche sich politisch für offene Grenzen und eine multikulturelle Gesellschaft einsetzen. Die Transformation des Bezirks im

Sinne des Integrationskonzepts muss vor diesem Hintergrund umgehend angestoßen werden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**